

Bernd Belina (Hg.)

# Staat und Raum

26

Staatsdiskurse

Franz Steiner Verlag



Bernd Belina (Hg.)  
Staat und Raum



# Staatsdiskurse

Herausgegeben  
von Rüdiger Voigt

Band 26

Wissenschaftlicher Beirat:

Andreas Anter, Erfurt

Paula Diehl, Berlin

Manuel Knoll, Istanbul

Eun-Jeung Lee, Berlin

Marcus Llanque, Augsburg

Samuel Salzborn, Göttingen

Birgit Sauer, Wien

Gary S. Schaal, Hamburg

Peter Schröder, London

Bernd Belina (Hg.)

# Staat und Raum



Franz Steiner Verlag

Bibliographische Information der Deutschen  
Nationalbibliothek:  
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese  
Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie;  
detaillierte bibliographische Daten sind im Internet  
über <<http://dnb.d-nb.de>> abrufbar.

ISBN 978-3-515-10346-6

Jede Verwertung des Werkes außerhalb der Grenzen  
des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar.  
Dies gilt insbesondere für Übersetzung, Nachdruck,  
Mikroverfilmung oder vergleichbare Verfahren sowie  
für die Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen.  
© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2013  
Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier.  
Druck: AZ Druck und Datentechnik, Kempten  
Printed in Germany

## EDITORIAL

Der Staat des 21. Jahrhunderts steht in einem Spannungsfeld zwischen Sicherheit und Freiheit, zwischen Ordnung und Veränderung, zwischen Herrschaft und Demokratie. Er befindet sich zudem in einem Dilemma. Internationale Transaktionen reduzieren seine Souveränität nach außen, gesellschaftliche Partikularinteressen schränken seine Handlungsfähigkeit im Innern ein. Anliegen der Reihe *Staatsdiskurse* ist es, die Entwicklung des Staates zu beobachten und sein Verhältnis zu Recht, Macht und Politik zu analysieren.

Hat der Staat angesichts der mit „Globalisierung“ bezeichneten Phänomene, im Hinblick auf die angestrebte europäische Integration und vor dem Hintergrund einer Parteipolitisation des Staatsapparates ausgedient? Der Staat ist einerseits „arbeitender Staat“ (Lorenz von Stein), andererseits verkörpert er als „Idee“ (Hegel) die Gemeinschaft eines Staatsvolkes. Ohne ein Mindestmaß an kollektiver Identität lassen sich die Herausforderungen einer entgrenzten Welt nicht bewältigen.

Hierzu bedarf es eines Staates, der als „organisierte Entscheidungs- und Wirkeinheit“ (Heller) Freiheit, Solidarität und Demokratie durch seine Rechtsordnung gewährleistet. Gefragt ist darüber hinaus die Republik, bestehend aus selbstbewussten Republikanern, die den Staat zu ihrer eigenen Angelegenheit machen. Der Staat seinerseits ist aufgefordert, seinen Bürgerinnen und Bürgern eine politische Partizipation zu ermöglichen, die den Namen verdient. Dies kann – idealtypisch – in der Form der „deliberativen Politik“ (Habermas), als Einbeziehung der Zivilgesellschaft in den Staat (Gramsci) oder als Gründung der Gemeinschaft auf die Gleichheit zwischen ihren Mitgliedern (Rancière) geschehen.

Leitidee der Reihe *Staatsdiskurse* ist eine integrative Staatswissenschaft, die einem interdisziplinären Selbstverständnis folgt; sie verbindet politikwissenschaftliche, rechtswissenschaftliche, soziologische und philosophische Perspektiven. Dabei geht es um eine Analyse des Staates in allen seinen Facetten und Emanationen. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des In- und Auslands sind zu einem offenen Diskurs aufgefordert und zur Veröffentlichung ihrer Ergebnisse in dieser Reihe eingeladen.

Rüdiger Voigt



## INHALTSVERZEICHNIS

*Bernd Belina*

Einleitung: Staat und Raum – Positionen der Politischen Geographie.....7

*Hans-Dietrich Schultz*

„Raumfragen beherrschen alle Geschichte.“

Macht und Raum im Denken der klassischen Geographie  
des 19./20. Jahrhunderts..... 15

*Anke Strüver*

Raum, Staat und Geschlechterkonstruktionen in feministischen  
Zugängen zur p/Politischen Geographie .....37

*Antje Schlottmann*

Sprache, Staat und Raum – Zur (Neu-)Erfindung von Nation  
aus sprachpragmatischer Perspektive ..... 59

*Paul Reuber*

Critical Geopolitics – Eine Forschungsrichtung zur Analyse  
des Verhältnisses von Staat und Raum im Kontext  
der internationalen Geopolitik .....77

*Julia Lossau*

Politische Geographie und postkoloniale Theorie – Territorien,  
Identitäten, Verflechtungen ..... 95

*Matthew Hannah*

Foucault, Macht, Territorium..... 109

*Iris Dzudzek, Annika Mattissek und Georg Glasze*

Nationalstaat und Identität mit Laclau und Mouffe gedacht –  
Ein Beitrag zur Politischen Geographie aus diskurs-  
und hegemonietheoretischer Perspektive..... 129

<i>Ulrich Best</i>	
Staat und Raum bei Deleuze und Guattari.....	147
<i>Bernd Belina</i>	
Staat und Raum im Anschluss an Marx – Positionen in <i>Radical Geography</i> und Materialistischer Staatstheorie.....	161
Autor_innen .....	187

# EINLEITUNG: STAAT UND RAUM

## Positionen der Politischen Geographie

*Bernd Belina*

Im Kontext deutschsprachiger Sozialwissenschaften hat das Begriffspaar im Titel dieses Bandes, gelinde gesagt, ein Imageproblem – und dies aus guten Gründen. „Staat und Raum“, da werden Assoziationen geweckt in Richtung dunkler bzw. umstrittener Kapitel deutscher Wissensproduktion. Namen wie Friedrich Ratzel, Karl Haushofer oder auch Carl Schmitt sowie Begriffe wie Geopolitik, Mittellage und Lebensraum fallen einem dazu ein – möglicherweise auch Buchtitel wie „Volk ohne Raum“ (Grimm 1926) oder Formulierungen aus Hitlers „Mein Kampf“, wo er verspricht, „dem deutschen Volk den ihm gebührenden Grund und Boden auf dieser Erde zu sichern“ (zit. nach Kühnl 1977: 105). Die Kritik von Karl-August Wittfogel (1929) an „Geopolitik“ und „geographischem Materialismus“, geschrieben vor dem Hintergrund „der Desintegration der Weimarer Republik und des Aufstiegs Hitlers, in dessen Konzentrationslagern er sich kaum vier Jahre später wiederfinden sollte“ (Smith 1987: 129), in der er treffend die wissenschaftliche Unhaltbarkeit, den Idealismus und z.T. Spiritualismus sowie den politischen Konservatismus eines Denkens kritisiert hat, das ausgehend von Naturausstattung, Raumbedürfnissen der Völker und dergleichen über Kultur, Politik und Staat sich äußert, blieb im nationalen Wahn weitgehend ungehört.

Über das Verhältnis von „Staat und Raum“ nachzudenken, stand hierzulande nach 1945 unter dem begründeten Verdacht von Revisionismus und Neofaschismus, ja „Raum“ als theoretischer Begriff war diskreditiert. Die Formulierung: „Der Raum ist die absolute Entfremdung“ (Horkheimer/Adorno 1988[1944]: 189) aus der *Dialektik der Aufklärung* ist nur vor diesem historischen Hintergrund zu verstehen. Zwar wurde Wittfoggels (1929) Argumentation „ignoriert“ (Oßenbrügge 1983a: 71), sein Schluss jedoch, dass es angesichts der, wie man heute vielleicht sagen würde, Diskurshistorie der Geopolitik keine marxistische Geopolitik geben könne, wurde ausgeweitet auf deren Unmöglichkeit in jeglicher sozialwissenschaftlicher Hinsicht.

Dies gilt mit Abstrichen auch für die Politische Geographie, die „zuständige“ Subdisziplin der Geographie, der alle in diesem Band versammelten Autorinnen und Autoren entstammen. Für die geographischen Debatten legte Carl Troll (1947) mit seiner Rechtfertigung geographischer Aktivitäten während Nationalsozialismus und Krieg den Grundstein für die – von der Sache her haltlose, als Legitimationsideologie aber erfolgreiche – Trennung in (böse) Geopolitik und (gute) Politische Geographie (vgl. Lossau 2002). Letztere blieb in den folgenden Jahr-

zehnten als wenig relevante Subdisziplin auf ähnlicher theoretischer Basis wie vor 1945, wenn auch in abgeschwächter Form, erhalten (vgl. kritisch Oßenbrügge 1983a; Wardenga 2001). Immerhin kam es in den 1970er Jahren im Gefolge der Kritik Peter Schöllers an den „Irrwegen“ der Politischen Geographie und Geopolitik (1957) und den Arbeiten Klaus-Achim Boeslers (1969, 1974) zu einer Neuausrichtung der Politischen Geographie, die nicht mehr den Staat und politisches Handeln an Naturraumfaktoren band, sondern sich mit den raumwirksamen Investitionen der öffentlichen Hand und den Auswirkungen regionaler Planung befasste.<sup>1</sup>

Entwicklungen wie etwa in Frankreich, wo Yves Lacostes (1976) schmale Band *La Géographie, ça sert, d'abord, à faire la guerre* („Die Geographie dient vor allem anderen der Kriegsführung“) eine Debatte um die Möglichkeit einer progressiven Geopolitik folgte, oder jener in der anglo-amerikanischen Geographie, wo im Rahmen der *Radical Geography* (vgl. Belina in diesem Band) die Befassung nicht mit „Raum“ sondern mit dessen sozialer Produktion, neue Möglichkeiten des Nachdenkens über raumbezogene Konflikte, Politik und Staat eröffnete, blieben für die Debatte hierzulande weitgehend folgenlos. Einzig Jürgen Oßenbrügge (1983b) hat die letztgenannten Diskussionen aufgegriffen und produktiv mit deutschsprachiger Literatur verbunden. Allein auf weiter Flur, blieb diese Initiative im Fach ohne nennenswerten Einfluss.

In den 1980er Jahren fand eine intensive Auseinandersetzung mit der Rolle geographischer und geopolitischer Wissensproduktion in der jungen Geschichte dieser Subdisziplinen statt, in der theoretische Grundlagen und praktische Involviertheit von Politischer Geographie, Geopolitik und „Ostraumforschung“ in den Fokus gerieten (Fahlbusch 1989; Heinrich 1991; Kost 1988; Rössler 1989, 1990; Schultz 1989; Siegrist 1989; vgl. Schultz in diesem Band). Etwa zur gleichen Zeit entstanden in angloamerikanischen Debatten die *Critical Geopolitics* (vgl. Reuber in diesem Band), in der der Fokus auf – als wirklichkeitskonstituierend verstanden – Diskursen über Geopolitik liegt (vgl. Ó Tuathail 1996). Durch die Rezeption dieser Denkrichtung (Oßenbrügge 1993; Reuber 2000; Reuber/Wolkersdorfer 2001; Wolkersdorfer 2001) sowie im Anschluss an handlungs- (Werlen 1995, 1997) und systemtheoretische (Klüter 1986) geographische Ansätze, die ebenfalls nicht „Raum“, sondern dessen zugeschriebene Bedeutungen – als „signifikative Regionalisierung“ bzw. „Element sozialer Kommunikation“ – ins Zentrum stellen, wurde eine Reihe von Arbeiten inspiriert, die sich mit Fragen von (Repräsentationen von) Raum und Politik bzw. Staat befassen (Lossau 2002; Redepinning 2006; Reuber 1999; Schlottmann 2005; Wolkersdorfer 2001)<sup>2</sup>.

Was bei vielen Differenzen die genannten Kritiken älterer sowie die Arbeiten neuerer Politischer Geographie eint, ist, dass alle Vorstellungen abgelehnt werden,

- 1 Ich danke Hans-Dietrich Schultz für den Hinweis, diese Entwicklung nicht unerwähnt zu lassen.
- 2 Wegen des Fokus auf die deutschsprachige Debatte und da es hier nicht um eine komplette Bibliographie gehen kann, beschränken sich die Hinweise auf Monographien in deutscher Sprache.

nach denen „Raum“, konzeptualisiert als Naturraum oder abstrakter Raum i.S.v. räumlicher Distanz oder Lage im Raum, zur Erklärung sozialer Prozesse herangezogen wird. Eine solche Determinierung durch die Naturausstattung oder eine solche Verdinglichung bzw. Fetischisierung von Raum, so die geteilte Analyse, sieht gerade ab von den sozialen Prozessen und/oder Diskursen, deren Untersuchung für eine Erklärung nottäte, und öffnet mittels naturalistischer Fehlschlüsse jenen menschenverachtenden Ideologien und Politiken Tür und Tor, die zu Beginn dieser Einleitung angedeutet wurden. Nicht jeder Geodeterminismus, bei dem die erdräumliche Naturausstattung zur Erklärung herangezogen wird, und nicht jeder Raumfetischismus, bei dem abstrakter Raum als Explanans fungiert, ist faschistisch; aber jede solche Erklärung ist kritikabel und auf ihre ideologischen Leistungen hin zu befragen. Geodeterminismus oder Raumfetischismus in Reinform werden zwar nur noch vereinzelt vertreten, gleichwohl tauchen sie immer wieder auf, zuletzt etwa an prominenter Stelle in *Foreign Policy* (Kaplan 2009; vgl. die Kritik bei Morrissey et al. 2009).

Eine andere gängige Annahme im Verhältnis von „Staat und Raum“ hingegen, die ebenfalls tendenziell von der sozialen und/oder diskursiven Produktion des Raums absieht, ist nach wie vor virulent: die territoriale Form des Staates wird gemeinhin unterstellt und für nicht erklärungs-würdig angesehen.

In der Trias Staat-Nation-Territorium wurde in den letzten Jahrzehnten der Zusammenhang zwischen den ersten beiden Elementen zunehmend einer kritischen Betrachtung unterzogen (Anderson 1983; Billig 1995; Brubaker 1996; Gellner 1983; Hobsbawm 1990; Noiriell 1994[1991]). Kaum mehr gibt es ernsthafte akademische Beiträge, die die „Nation“ als primordiale Entität betrachten, der ein eigener Staat zustünde. Vielmehr wird das Verhältnis zwischen Staat und Nation als historisch gewordenes und in Deutungs- ebenso wie in blutigen Kämpfen ausgehandeltes verstanden, das mit Homogenisierungen, Ausschlüssen und institutionalisierter Gewalt einhergeht.

Im Gegensatz dazu erscheint das Territorium im weiten Feld der Sozialwissenschaften nach wie vor weitgehend als nicht weiter erklärungsbedürftige Eigenschaft des Staates. Nur auf dieser Basis wird plausibel, warum im Rahmen des „Globalisierung“ genannten Bedeutungsgewinns von Weltmarkt- und anderen globalen Zusammenhängen und, damit einhergehend, jenem multinationaler Handelsblöcke, subnationaler Regionen und Städte oder von grenzüberschreitenden Umweltproblemen und Terrornetzwerke, ein Ende des Nationalstaates vermutet wird, aufgrund dessen die Untersuchung sozialer Phänomene auf nationaler Ebene als untauglich verworfen wird (vgl. Beck 2007; Urry 2000). Nur weil tendenziell weniger soziale und sozial-ökologische Prozesse in der territorialen Form des Nationalstaates organisiert sind, bedeutet das ja noch lange nicht, dass die Nationalstaaten an Bedeutung verlieren (Taylor 1994). Im Gegenteil kann argumentiert werden, dass die Flexibilität der räumlichen Form zu den Stärken mächtiger Staaten gehört (Brenner 2004; Harvey 2003; Jessop 2001; vgl. Belina in diesem Band).

Der als gegeben angenommene Zusammenhang von Nationalstaat und Territorium kann sich auf als klassisch geltende Bestimmungen berufen. So heißt es

etwa in Georg Jellineks *Allgemeiner Staatslehre*, dass „der Staat zu seiner Existenz der räumlichen Ausdehnung [bedarf]“ (1960: 396), weshalb das „Staatsgebiet“ neben dem Staatsvolk und der Staatsgewalt „ein Moment des Staates als [Subjekt]“ darstellt (ebd.: 395). Staaten, so die geteilte Sicht, sind territorial. Der Geograph John Agnew, der für diese Sicht im Feld der Theorien Internationaler Beziehungen den Terminus „territorial trap“ (Agnew 1994) geprägt hat, stellt fest: „moderne politische Theorie neigt dazu, Geographie ausschließlich als territorial zu begreifen“ (Agnew 2009: 21). Dass dem in den Debatten in der Geographie explizit nicht (mehr) so ist, sollte in den Beiträgen dieses Bandes deutlich werden.

Die Revitalisierung der Subdisziplin der Politischen Geographie hierzulande ist im Zusammenhang zu sehen mit neuen Debatten um Geopolitik, globale Konflikte sowie „alte“ und „neue“ Kriege, die zurückgeführt werden auf „kulturelle Unterschiede“, Rohstoffe oder den Klimawandel. Es ist kein Zufall, dass die hierbei häufig konstruierten Kausalitäten in einer Subdisziplin mit der eingangs angedeuteten Geschichte besonders leicht als fragwürdig erscheinen. Einige der Beiträge, die Positionen aus der Politischen Geographie für eine interdisziplinäre Debatte um „Staat und Raum“ leisten können, wurden in dieser Einleitung angedeutet: die Rekonstruktionen von Vorstellungen von und Diskursen über die „richtige“ Weltordnung, die Kritik an geodeterministischen und raumfetischistischen Ideologien, ein Verständnis der Räume von Staat und Politik als diskursiv und/oder sozial hergestellten.

Politische Geographie in der Bundesrepublik Deutschland kann nach rund 15 Jahren neuer und erneuerter Debatten als gefestigte Subdisziplin gelten, wovon neben den genannten und weiteren Publikationen auch eigene Tagungen, ein eigener Arbeitskreis (vgl.: <http://www.politische-geographie.de>) sowie auch das Erscheinen eines neuen Lehrbuchs (Reuber 2012) zeugen. In dieser Situation kam die Anfrage des Herausgebers der Buchreihe „Staatsdiskurse“, Rüdiger Voigt, gelegen, um eine Zwischenbilanz des Diskussionsstandes in der deutschsprachigen Politischen Geographie zum Verhältnis von „Staat und Raum“ anzugehen<sup>3</sup>. Weder ist diese Bestandsaufnahme in der Breite vollständig (u.a. in Folge einiger Absagen wegen Arbeitsüberlastung), noch kann sie anhand empirischen Materials in die Tiefe gehen. Im Zentrum der einzelnen Kapitel steht die Darstellung einer distinkten Art über das Verhältnis von „Staat und Raum“ nachzudenken. Die Grundannahmen bezüglich dessen, was dabei jeweils unter „Staat“ verstanden wird, werden in den einzelnen Kapiteln mit Hinweisen auf die jeweiligen größeren Theoriendebatten aus Gesellschaftstheorie und (Politischer) Philosophie eher knapp dargestellt. Der Schwerpunkt liegt auf der Art und Weise, in der im jeweiligen Ansatz „Raum“ relevant wird, bzw. darauf, was ein Fokus auf „Raum“ zum Verständnis von Staat und staatlichen Praktiken leisten kann.

Mit der eingangs angedeuteten Geschichte des Faches befasst sich im ersten Beitrag des Bandes *Hans-Dietrich Schultz*. Er skizziert die noch immer diskutierte bzw. wieder ins scharfe Gerede gekommene Denkweise zentraler Autoren wie

3 Mein Dank für das kompetente Korrekturlesen, Formatieren und Koordinieren der Beiträge gilt Hannah Hecker.

Friedrich Ratzel und Albrecht Penck und situiert deren Werk im historischen Kontext sowie innerhalb der Vor- und Nachgeschichte ihrer Positionen. Während dieser Beitrag zur Fachgeschichte aus guten Gründen am Anfang des Bandes steht, folgen die weiteren, bei denen es solche Gründe nicht gibt, in umgekehrter alphabetischer Reihenfolge ihrer Autor\_innen (umgekehrt, damit nicht der Beitrag des Herausgebers den Reigen eröffnet).

*Anke Strüver* diskutiert das Verhältnis von Staat und Raum im Kontext feministischer Debatten in Politikwissenschaft und Staatstheorie einerseits und (Politischer) Geographie andererseits, wobei in ihrer vorgeschlagenen Synthese der Schwerpunkt auf poststrukturalistischen Ansätzen liegt. Dies wird anhand der Themenfelder migrantische, feminisierte Hausarbeit und neoliberalisierte Gesundheit illustriert.

*Antje Schlottmann* wendet eine sprachpragmatische Auffassung des Sozialen auf die Frage an, wie Nationalstaaten, das Nationale und Staatsgrenzen auch und gerade in Debatten über deren Überwindung, etwa im Rahmen von Konzepten zu „Transnationalismus“ und „Kosmopolitanismus“, sprachlich re-/produziert werden. Während hier, so das Argument, *ex negativo* auf die als überwunden behaupteten Verhältnisse verwiesen wird, werden diese durch Iteration fortlaufend sprachlich und sozial bestätigt.

*Paul Reuber* zeichnet die Kritik der „alten“ Geopolitik in den oben erwähnten *Critical Geopolitics* sowie deren genuinen Beitrag zur Untersuchung geopolitischer Leitbilder und Vorstellungen nach, wobei sowohl die angloamerikanischen Ursprünge als auch deren deutschsprachige Aneignungen und Weiterentwicklungen vorgestellt werden. Schließlich skizziert er mit der Vernachlässigung von Praktiken zugunsten von Diskursen eine zentrale Kritik an der Praxis der *Critical Geopolitics*.

*Julia Lossau* skizziert Ansatz und Themen einer postkolonialen Politischen Geographie, in der auf Basis epistemologischer Kontingenz und der Annahme dezentrierter Identitäten und fragmentierter Subjekte danach gefragt wird, wie Verortungen, also Vorstellungen von und diskursive Platzierungen im Raum, Ordnungen hervorbringen. Am Beispiel der Entwicklungsdebatte illustriert sie die politische Relevanz solcher Verortungen.

*Matthew Hannah*, der als einziger Autor des Bandes im angloamerikanischen Kontext zu Hause ist, dabei die deutschsprachigen Debatten aber gut kennt, zeigt im Anschluss an die Arbeiten Michel Foucaults, dass modernes, staatliches Territorium der zentrale Ort ist, an und in dem sich die wichtigsten Machtformen der Moderne in Verbindung miteinander realisieren. Was es hiermit auf sich hat, illustriert er mit Bezug auf Arbeiten, die Territorien als Ergebnis und Mittel moderner staatlicher Kalkulationen diskutieren.

*Iris Dzudzek*, *Annika Mattissek* und *Georg Glasze* stellen vor, was die Diskurs-, Hegemonie- und politische Theorie von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe für die Politische Geographie leisten kann. „Staat“ wird dabei als hegemonial aber stets nur temporär fixierter Diskurs gedacht und „Nationalstaat“ als „Sedimentierung“ hegemonialer Diskurse, wobei beide durch spezifische Muster von Ein- und Ausschlüssen hergestellt, aufrechterhalten bzw. in Frage gestellt werden.

Welche zentrale Rolle hierbei Verräumlichungen i.S. diskursiver „Zuweisungen“ im Raum spielen, wird anhand der globalen Klimapolitik, der Repräsentationspolitik der UNESCO und von Landnutzungskonflikten in Thailand illustriert.

*Ulrich Best* diskutiert in seinem Beitrag anhand sehr „räumlich“ klingender Begriffe wie „Karte“, „gekerbter Raum“ und „De- und Reterritorialisierung“ zentrale Aspekte der Politischen Philosophie von Gilles Deleuze und Felix Guattari. Er zeigt, dass diese Begriffe von den beiden Autoren komplett anders verwendet werden, als wir dies in Alltag und Wissenschaft gewohnt sind, und diskutiert Beispiele, in denen mittels dieser und anderer Begriffe von Deleuze/Guattari Themen im Verhältnis von „Staat und Raum“ diskutiert werden, etwa Indigenität, die EU und Grenzen.

In meinem eigenen Beitrag schließlich skizziere ich, wie, aufbauend auf Debatten aus materialistischer Staatstheorie und *Radical Geography*, das Verhältnis von „Staat und Raum“ als eines bestimmt werden kann, das durch unterschiedliche – institutionelle ebenso wie physische – Materialitäten strukturiert ist. Illustriert wird dies anhand von Arbeiten zu territorialen Grenzen, der Reskalierung des Staates sowie zu staatlicher Machtausübung, die ohne Territorialisierungsstrategien auskommt („Neuer Imperialismus“).

Die Funktionen einer Bestandsaufnahme, wie sie mit diesem Band vorliegt, sind unterschiedliche. Nach „innen“, in der Subdisziplin bzw. in der Geographie, dienen sie der Selbstverständigung, dem Ausloten von Gemeinsamkeiten und Differenzen sowie der Positionsbestimmung im Fachdiskurs. Nach „außen“ stellen sie möglicherweise – und hoffentlich – (weitere) Anschlüsse an Debatten in Politikwissenschaft, Politischer Philosophie und dem weiteren Feld der Sozialwissenschaften her. Ein nicht intendierter Effekt einer solchen Zusammenstellung kann es schließlich sein, den Eindruck zu vermitteln, die hier vertretenen Ansätze und Personen würden für sich Exklusivität im Feld der Politischen Geographie beanspruchen. Nichts liegt den Beteiligten ferner. Das Ziel dieses Bandes soll und kann es nur sein, zu Debatte, Auseinandersetzung und Kritik einzuladen.

Frankfurt/Toronto im Juli 2012

## LITERATUR

- Agnew, John (1994): The territorial trap: the geographical assumptions of international relations theory. *Review of International Political Economy* 1: 53–80.
- Agnew, John (2009): *Globalization & Sovereignty*. Lanham et al.
- Anderson, Benedict (1983): *Imagined Communities*. London.
- Beck, Ulrich (2007): *Weltrisikogesellschaft*. Frankfurt/Main.
- Billig, Michael (1995): *Banal Nationalism*. London.
- Boesler, Klaus-Achim (1969): *Kulturlandschaftswandel durch raumwirksame Staatstätigkeit*. Berlin.
- Boesler, Klaus-Achim (1974): Gedanken zum Konzept der Politischen Geographie. *Die Erde* 105: 7–33.
- Brenner, Neil (2004): *New State Spaces*. Oxford.

- Brubaker, Rogers (1996): *Nationalism reframed*. Cambridge.
- Fahlbusch, Michael (1989): Die Geographie in Münster von 1920 bis 1945. *Geographie und Nationalsozialismus (= Urbs et Regio 51)*: 153–273.
- Gellner, Ernest (1983): *Nations and Nationalism*. Ithaca.
- Grimm, Hans (1926): *Volk ohne Raum*. München.
- Harvey, David (2003): *The New Imperialism*. Oxford.
- Heinrich, Horst-Alfred (1991): Politische Affinität zwischen geographischer Forschung und dem Faschismus im Spiegel der Fachzeitschriften. Ein Beitrag zur Geschichte der Geographie in Deutschland von 1920 bis 1945. Gießen.
- Hobsbawm, Eric J. (1990): *Nations and nationalism since 1780*. New York et al.
- Horkheimer, Max/Adorno, Theodor W. (1988[1944]): *Dialektik der Aufklärung*. Frankfurt/Main.
- Jellinek, Georg (1960[1900]): *Allgemeine Staatslehre*, 3. Aufl., 7. Neudruck. Bad Homburg v.d.H.
- Jessop, Bob (2001): Die Globalisierung des Kapitals und die Zukunft des Nationalstaates. In: Hirsch, Joachim/Jessop, Bob/Poulantzas, Nicos: *Die Zukunft des Staates*. Hamburg: 139–170.
- Kaplan, Robert D (2009): The Revenge of Geography. *Foreign Policy May/June*: 96–105.
- Klüter, Helmut (1986): *Raum als Element sozialer Kommunikation*. Gießen.
- Kost, Klaus (1988): *Die Einflüsse der Geopolitik auf Forschung und Theorie der Politischen Geographie von ihren Anfängen bis 1945*. Bonn.
- Kühnl, Reinhard (Hrsg.) (1977): *Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten*. 2. Aufl. Köln.
- Lacoste, Yves (1976): *La Géographie, ça sert, d'abord, à faire la guerre*. Paris.
- Lossau, Julia (2002): *Die Politik der Verortung*. Bielefeld.
- Morrissey, John/Dalby, Simon/Kearns, Gerry/Toal, Gerard (2009): *Geography Writes Back. Human Geography 2(2)*: 33–51.
- Noiriel, Gérard (1994[1991]): *Die Tyrannei des Nationalen*. Lüneburg.
- Ó Tuathail, Gearóid (1996): *Critical Geopolitics*. London.
- Oßenbrügge, Jürgen (1983a): Recent developments in political geography in West Germany: an ahistorical reflection of the past, an apolitical analysis of the present, and possibilities for the future. *Political Geography Quarterly 2(1)*: 71–80.
- Oßenbrügge, Jürgen (1983b): *Geographie als räumliche Konfliktforschung. Konzepte zur Analyse der politischen und sozialen Organisation des Raumes auf der Grundlage anglo-amerikanischer Forschungsansätze*. Hamburg.
- Oßenbrügge, Jürgen (1993): Kritik der Geopolitik und Alternativen. *Geographische Zeitschrift 81*: 253–255.
- Redepenning, Marc (2006): *Wozu Raum? Systemtheorie, critical geopolitics und raumbezogene Semantiken*. Leipzig.
- Reuber, Paul (1999): *Raumbezogene politische Konflikte*. Stuttgart.
- Reuber, Paul (2000): Die Politische Geographie als handlungsorientierte und konstruktivistische Teildisziplin – angloamerikanische Theoriekonzepte und aktuelle Forschungsfelder. *Geographische Zeitschrift 88(1)*: 36–52.
- Reuber, Paul (2012): *Politische Geographie*. Stuttgart.
- Reuber, Paul/Wolkersdorfer, Günter (2001): Die neuen Geographien des Politischen und die neue Politische Geographie – eine Einführung. In: Reuber, Paul/Wolkersdorfer, Günter (Hrsg.): *Politische Geographie*. Heidelberg: 1–16.
- Rössler, Mechthild (1990): „Wissenschaft und Lebensraum“. *Geographische Ostforschung im Nationalsozialismus*. Berlin/Hamburg.
- Rössler, Mechthild (1989): Die Geographie an der Universität Freiburg 1933–1945. *Geographie und Nationalsozialismus (= Urbs et Regio 51)*: 77–151.
- Schlottmann, Antje (2005): *RaumSprache*. Stuttgart.
- Schöllner, Peter (1957): Wege und Irrwege der Politischen Geographie und Geopolitik. *Erdkunde 11*: 1–2.

- Schultz, Hans-Dietrich (1989): Versuch einer Historisierung der Geographie des Dritten Reiches am Beispiel des geographischen Grossraumdenkens. *Geographie und Nationalsozialismus (= Urbs et Regio 51)*: 1–75.
- Siegrist, Dominik (1989): Heimat – Landschaft – Nation. Ein Beitrag zur Geschichte der Schweizer Geographie während des deutschen Faschismus. *Geographie und Nationalsozialismus (Urbs et Regio 51)*: 275–394.
- Smith, Neil (1987): Rehabilitating a renegade? The Geography and Politics of Karl August Wittfogel. *Dialectical Anthropology 12*:127–136.
- Taylor, Peter (1994): The state as container: territoriality in the modern world-system. *Progress in Human Geography 18*(2): 151–162.
- Troll, Carl (1947): Die geographische Wissenschaft in Deutschland in den Jahren 1933 bis 1945. Eine Kritik und Rechtfertigung. *Erdkunde 1*(1): 3–48.
- Urry, John (2000): *Sociology beyond societies*. London/New York.
- Wardenga, Ute (2001): Zur Konstruktion von Raum und Politik in der Geographie des 20. Jahrhunderts. In: Reuber, Paul/Wolkersdorfer, Günter (Hrsg.): *Politische Geographie*. Heidelberg: 17–32.
- Werlen, Benno (1995): *Sozialgeographie alltäglicher Regionalisierungen*. Bd. 1. Stuttgart.
- Werlen, Benno (1997): *Sozialgeographie alltäglicher Regionalisierungen*. Bd. 2. Stuttgart.
- Wittfogel, Karl August (1929): Geopolitik, Geographischer Materialismus und Marxismus (3 Teile). *Unter dem Banner des Marxismus 3*: 17–51, 485–522, 698–735.
- Wolkersdorfer, Günter (2001): *Politische Geographie und Geopolitik zwischen Moderne und Postmoderne*. Heidelberg.

## „RAUMFRAGEN BEHERRSCHEN ALLE GESCHICHTE.“<sup>1</sup>

Macht und Raum im Denken der klassischen Geographie des 19./20. Jahrhunderts

*Hans-Dietrich Schultz*

### 1. DAS UMFELD: DER NATIONALPOLITISCHE DISKURS ZU BEGINN DES 19. JAHRHUNDERTS

Die klassische deutschsprachige Geographie, die in den 1960er Jahren auslief, hat mit der so genannten Klimatheorie und der Theorie der „natürlichen Grenzen“ ihre Wurzeln in der Antike, aber zu einem disziplinären Denkstil fusionierten beide erst um und nach 1800, wobei der Idee der „natürlichen Grenzen“ eine Vorreiterrolle zukam. Die Forderung der französischen Revolutionäre nach der Rheingrenze als der naturgewollten politischen Grenze Frankreichs setzte einen Diskurs in Gang, der sich mit der Frage beschäftigte, ob und auf welche Weise die konkrete Natur des Erdbodens mit dazu beitragen könne, ein sicheres Zusammenleben der Völker zu ermöglichen bzw. zu garantieren. Maßgebliche Vertreter der deutschen Nationalbewegung, darunter Ernst Moritz Arndt, Johann Gottlieb Fichte und Friedrich Ludwig Jahn, beteiligten sich daran, doch schlossen sie *Ströme* als natürliche Grenzmarken aus, weil diese die Völker nicht trennen, sondern verbinden würden. Die deutschen Anhänger der „natürlichen Grenzen“ bevorzugten *Wasserscheiden* und das *Meer*; Frankreichs Anspruch auf den Rhein war damit theoretisch abgewehrt.

Natürlich wussten sie, dass Völker sich selten um solche natürlichen Marken scherten, darum erklärten sie diese zur *Norm* und räumten ihnen für die Grenzziehung Priorität ein. Selbst ein so eingefleischter Ethnozentriker wie Jahn, der nur die Sprache als die „natürlichste“ Grenze der Völker durchgehen lassen wollte, konstatierte unter Berufung auf den Göttinger Universalhistoriker Johann Christoph Gatterer, der mit seinem *Abriß der Geographie* (1775) die spätere Entwicklung maßgeblich angestoßen hatte: „Natürliche [d.h. geographische] Gränzen oder Scheiden giebt es“ (Jahn 1810: 40). Mahnend hielt er den Völkern die Wasserscheiden als Stoppschild entgegen: Bis hierher und nicht weiter! Hatten die Völ-

1 Das Zitat stammt von Ratzel (<sup>3</sup>1909: 150). Hervorhebungen in Zitaten sind solche im Original, unabhängig von der dortigen Form. Um Missverständnissen und enttäuschten Erwartungen vorzubeugen, sei außerdem darauf verwiesen, dass hier nur die deutschsprachige Geographie thematisiert wird und der geopolitische Diskurs um Haushofer u.a. ausgespart bleibt.

ker die ewige „Ordnung des Erdreichs“ (Jahn 1885: 583) überschritten, sollten sie umkehren. Gelegentlich wurde diese ewige Naturordnung der Staatenwelt, die im Einzelnen recht unterschiedlich ausfallen konnte, sogar *kartographisch* fixiert, für Europa vom Mainzer Hofbibliothekar Ritter v. Traitteur (1814), für alle Kontinente vom Redakteur des Bulletins der Donau- und Neckar-Zeitung (Aichen), der 1833 eine umfangreiche „Natürliche Diplomatie“ publizierte, die er als „physisch-politische Geographie“ präsentierte. Aichen sah allerdings auch Ströme als Naturmarken vor, z.B. den Rhein.<sup>2</sup>

Es gab damals sogar eine differenzierte, in der Forschung bisher vernachlässigte, Handreichung für die Politik aus der Feder des Jenenser Historikers Heinrich Luden, bei der den „natürlichen Grenzen“ eine wichtige Rolle zukam. Die Menschheit präsentierte sich Luden in „Urvölkern“ und „Mangvölkern“ (Mischvölker). Die Deutschen waren selbstverständlich ein „Urvolk“, die Franzosen nicht. Den *Kosmopolitismus* lehnte Luden als „gestaltloses Unding“ (Luden 1814: 231) ab. Nur im Rahmen seines „Volksthums“ könne der Einzelne die menschheitliche Kraft, die in ihm stecke, sein Selbst, frei bilden und ausleben, dazu aber brauche er einen Staat. Erst wenn Volk und Staat im Vaterland eins geworden seien, werde „ruhiges Gedeihen (...), fester Friede, kräftige Bildung und allgemeines Glück“ herrschen. Hier nun kamen auch für ihn die „Naturgränzen“ (ebd.: 17) ins Spiel, durch welche die Natur die „bewohnbare Erde (...) in gewisse Abschnitte getheilt“ habe, „die in ihrem Verhältnisse zu einander eigene Ganzheiten ausmachen“ würden, wobei die Grenze zwischen ihnen das eine Mal „unverkennbar“, das andere Mal „weniger auffallend“ (ebd.: 28) sein könne. Somit würden

Gebirge und Meere die Länder, welche sie einschließen, auch für das menschliche Leben zu besondern Ganzheiten machen; sie trennen die Menschen, welche diesseits wohnen von denen, die jenseits leben, und eben deswegen vereinigen sie dieselben unter sich (ebd.: 310).

Denn sie zwängen die Menschen „zum innigsten Verkehr mit einander, und zu mannichfaltiger Wechselwirkung auf einander“ (ebd.: 311). Damit steckten die Räume den Interessen der Völker ihren politischen Handlungsspielraum ab, soweit dieser Handlungsspielraum mit einer vernünftigen Weltordnung vereinbar war: einer Ordnung des *machtpolitischen Gleichgewichts*, garantiert durch die ewige Natur. Wo diese Ordnung sich nicht von alleine herstellte, sollte die Politik korrigierend eingreifen. Hätte es seinerzeit schon den Begriff des Selbstbestimmungsrechtes der Völker gegeben, so hätten die Verfechter von Naturgrenzen diesem ein *Selbstbestimmungsrecht der Räume* entgegengehalten. Tabelle 1 gibt die von Luden vorgesehenen Fälle und die empfohlenen Maßnahmen der Politik wieder.

2 Das Werk ist ohne Namensnennung des Autors. In einer Besprechung in der Revue Germanique, 3. Serie, 2 (1835): 98, auf die mich Björn Schrader aufmerksam gemacht hat, wird als Verfasser M. Aichen genannt.

Tabelle 1: „Die höchste Aufgabe der Politik“ nach Heinrich Luden (1814)

A. Ein Staat ist „reinvolksthümlich“	
Fall 1a): Der Staat „umfaßt das ganze Volk; Staatsgränzen und Volksgränzen fallen zusammen“ (307).	Politik: Weder dürfe eine Erweiterung der Grenzen noch eine Verengung stattfinden, denn beides sei „Sünde“ und verkehrt, da der Staat seine „reine Eigenthümlichkeit“ (307) erreicht habe. Siege der Staat im Falle eines Angriffs, dürfe er nur seine alten Grenzen behaupten.
Fall 1b): Der Staat fällt nicht mit natürlichen Grenzen zusammen, sein Boden reicht nicht zur Befriedigung der Lebensbedürfnisse seiner Bewohner aus, ihm fehlt der Zugang zum Meer und damit die Möglichkeit des Kontaktes mit der übrigen Welt (208).	Politik: Wo es keine scharfe Naturgrenze gibt, soll der Staat mit der Volksgrenze zusammenfallen, da jede Erweiterung mehr Schaden als Nutzen stifte (310). Bei unzureichendem Boden und fehlendem Meer müsse alles getan werden, um die Mängel zu beseitigen. Sollten dadurch „fremde Volksgenossen“ Bürger des Staates werden, müsse dieser Nachteil in Kauf genommen und anderweitig ausgeglichen werden (309).
Fall 2a): Teile eines Volkes sind mit „fremden Völkern bürgerlich verbunden“ (307).	Politik: Hier verlange „die heilige Stimme der Menschheit (...) die Befreiung unserer Brüder von dem Joche der Knechtschaft“ (313).
Fall 2b): Die „abgerissenen Volksgenossen“ wohnen „jenseits der Marken (...), welche die Natur so deutlich und unverkennbar aufgestellt hat“ (314).	Politik: Nehme man für sich selbst natürliche Grenzen in Anspruch, könne man sie anderen nicht verweigern. So bleibe nur, die „Volksgenossen“ zurückzuziehen, was „das Edelste und Schönste“ wäre, oder auf „die Unglücklichen“ zu verzichten und ihnen den raschen Verlust ihrer „Volksthümlichkeit“ zu wünschen. Ihr verhindertes Mitwirken am Staat müsse dann anderweitig kompensiert werden (314f.).
Fall 2c): Die „abgerissenen Volksgenossen“ wollen nicht „mit uns vereinigt“ werden, weil „ <i>unser Staat schlechter</i> “ sei „ <i>als der fremde</i> “ (315).	Politik: Die eigenen Einrichtungen müssen verbessert werden, damit „unsere Volksgenossen stets die Verbindung mit diesen Fremden als Knechtschaft ansehen, und sich zu uns, zum gemeinen Vaterlande, zurücksehen, zu Freiheit und Liebe!“ (315f.).